

Der Bürgermeister

Hilden, den 22.10.2010

AZ.: III/50.2-wo



Hilden

WP 09-14 SV 50/026

Mitteilungsvorlage

öffentlich

**Aktivitäten des Vereins "Einladung zum Paradies e.V."
- Anfrage der Fraktion BA vom 19.10.2010**

Beratungsfolge:	Sitzung am:	Bemerkungen
Integrationsrat	11.11.2010	

Beschlussvorschlag:

Der Integrationsrat nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Erläuterungen und Begründungen:

Vor kurzem wurde bekannt, dass Mitglieder des Vereins „Einladung zum Paradies“, eine Gruppierung, die vom Verfassungsschutz beobachtet wird, in Hilden zu verschiedenen Zeiten Vorträge abgehalten hatten. Die Verwaltung recherchierte, wann, wo und unter welchen Umständen dies ermöglicht worden war. Das Ergebnis dieser Recherche teilte die Verwaltung mit Schreiben vom 05.10.2011 den Ratsfraktionen mit. Dieses ist als **Anlage 1** zur Kenntnis beigelegt.

Frau Dr. Christina Krasemann-Sharma, Mitglied im Integrationsrat und der Fraktion Bürgeraktion, bat in einer Anfrage vom 19.10.2010 um folgende weitere Informationen:

1. Wer hat dem Verein „Einladung zum Paradies“ im Dezember 2009 welche Räume zur Verfügung gestellt?
2. Ist bekannt, ob dieser Verein in Hilden mit einer permanenten Gruppe vertreten ist?
3. Ist bekannt, ob weitere Veranstaltungen in Hilden geplant sind?

Desweiteren regte sie an:

„Der Integrationsrat möge prüfen, ob zusammen mit der türkischen und marokkanischen Gemeinde eine geeignete Informationsschrift zu diesem Themenkomplex erstellt werden kann. Andere Aktivitäten, wie z.B. Informationsveranstaltungen, sind ebenfalls denkbar.“

Das Schreiben von Frau Dr. Krasemann-Sharma ist dieser Mitteilungsvorlage als **Anlage 2** beigelegt.

Auf diese Fragen antwortet die Verwaltung wie folgt:

Zu 1:

Junge Erwachsene des Marokkanischen Freundeskreises e.V. hatten den Vortragsabend organisiert, zu dem auch Redner eingeladen wurden, die dem Verein „Einladung zum Paradies“ zuzurechnen sind. Bei den Räumlichkeiten handelt es sich um das frühere Schulgebäude an der Walder Str. 113, das der Verein bis zum Frühjahr 2010 von der Stadt als Vereinsheim angemietet hatte.

Zu 2:

Der Verein ist nicht mit einer permanenten Gruppe in Hilden vertreten.

Dies geht aus allen Gesprächen hervor, die in den letzten Wochenlässlich einer Recherche geführt wurden. Weder den Vorsitzenden der in Hilden ansässigen Moscheegemeinden bzw. islamischen Vereinen, noch dem Staatsschutz des Kreises Mettmann ist bekannt, dass in Hilden eine solche Gruppe existiert.

Ob Hildener Bürgerinnen und Bürger jedoch Mitglied beim Verein „Einladung zum Paradies“ sind, ist nicht bekannt. Die entsprechende Auskunft vom Staatsschutz stammt vom 22.10.2010.

Zu 3:

Es kann davon ausgegangen werden, dass in Hilden keine derartigen Planungen bestehen. Der Staatsschutz hat keine derartigen Informationen vorliegen und die Vorsitzenden der Moscheege-

meinden bzw. islamischen Vereine in Hilden gehen auf Distanz zum dem Verein „Einladung zum Paradies“. Die Moscheegemeinden sind nicht bereit, ihre Räumlichkeiten für neuerliche Vorträge von Mitgliedern des Vereins zur Verfügung zu stellen und sie sind entsprechend sensibilisiert.

Zum Hintergrund:

Bereits seit den 70er Jahren gründeten sich in Hilden Migrantenvereine, zu denen die Stadtverwaltung enge Beziehungen unterhielt. Der Zeit entsprechend handelte es sich zunächst um Vereine der großen Gastarbeitergruppen: Türken, Italiener, Spanier, Portugiesen, Griechen und Marokkaner – später auch der Slowenen und Jugoslawen. Bedingt durch einen großen Zuzug russischsprachiger Migrantinnen und Migranten in den 90er Jahren kam es zuletzt noch im Jahr 2008 zur Gründung des Vereins „Wir in Deutschland e.V.“ (WiD).

Die Vereine dieser Gruppen sind in der „Liste der förderungswürdigen ausländischen Vereine“ zusammengefasst.

Vor allem die Vereine mit längerer Tradition hatten überwiegend den Sinn, ihren Mitgliedern die Pflege der Kultur ihrer Herkunftsländer zu ermöglichen. Dementsprechend sollten Treffpunkte für Menschen gleicher Herkunft geschaffen werden. Obwohl „Integrationsarbeit“, wie sie heute verstanden wird, zur Gründungszeit der Vereine noch kein Thema war, bewirkten aber der Austausch und die Kontakte in den Vereinen, dass die Mitglieder dort Hilfe und Unterstützung in alltäglichen Anliegen erfuhren – ähnlich dem, was heute als „Multiplikatoren-“ oder „Lotsenarbeit“ bezeichnet wird.

Das Fest der Völker, das seit den 80er Jahren in Kooperation vom Integrationsrat, den Migrantenvereinen und der Stadt organisiert wird, ist Ausdruck eines konstruktiven Miteinanders, so wie es seinerzeit im Mittelpunkt der Zielvorstellungen stand.

Der Gedanke und die Erwartung, dass die Migrantenvereine auch bei der strukturellen Integrationsarbeit in der Stadt Hilden mitwirken, ist ein Aspekt, der erst seit Beginn der Erstellung des Integrationskonzepts „Integration ist machbar!“ zu größerer Bedeutung gelangt ist.

Die Migrantenvereine erfüllen seitdem eine wichtige Funktion für die Planung der stadtweiten Integrationsarbeit.

Zuwanderinnen und Zuwanderer aus der Türkei und aus Marokko sind zum überwiegenden Teil islamischen Glaubens. Während die Migrantinnen und Migranten aus den christlich geprägten Ländern in Deutschland eine religiöse Infrastruktur in Form von Kirchen und Gemeinden vorfanden, war dies bei den muslimischen Migrantengruppen nicht der Fall. Die religiösen Aspekte ihrer Kultur wurden zwangsläufig in die Vereinsarbeit integriert. Als Beispiel ist hier das gemeinschaftliche Abhalten des Freitagsgebets zu nennen.

Die Einbeziehung religiöser Praxis in das Vereinsleben war somit eine Selbstverständlichkeit, ebenso wie es selbstverständlich war, dass die Predigten und Vorträge in den Sprachen der jeweiligen Herkunftsländer abgehalten wurden.

Es fand zudem keinerlei Beachtung, woher die Vorbeter („Imame“) stammten und wo sie ihre Ausbildung genossen hatten.

Seit den zahlreichen, großen terroristischen Anschlägen um die Jahrtausendwende herum, zu denen sich global operierende islamistische Gruppierungen bekannten, gibt es in Deutschland ein verstärktes öffentliches Interesse daran, zu erfahren, wie Moscheegemeinden in Deutschland strukturiert sind und was dort gelehrt wird.

Die wiederkehrende Berichterstattung über das Thema „Islam“ und Debatten zum Thema „Kopftuch“ haben in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen.

Innerhalb dieses Diskurses wurde aber auch deutlich, wie vielfältig der Islam hinsichtlich verschiedenster Gruppierungen und verschiedenster Glaubensüberzeugungen ist.

In Hilden wurde 1976 der „Türkische Arbeitnehmerverein Hilden und Umgebung e.V.“, der sich im Jahr 2005 in „DITIB - Türkische Islamische Gemeinde zu Hilden e.V.“ umbenannte und im Jahr 1985 der Marokkanische Freundeskreis Hilden e.V. gegründet. Diese Vereine gehören zu den o.g. förderungswürdigen Vereinen in Hilden. Der türkische Verein vollendete im Jahr 2001 seinen Moscheebau an der Otto-Hahn-Straße. Der marokkanische Freundeskreis legte im Mai 2009 den Grundstein für eine Moschee bzw. ein Vereinsheim mit angeschlossenem Gebetsraum an der Tellerlingstraße.

Beide Vereine haben von Anbeginn ihrer Gründung bedeutenden Anteil an der Integration ihrer Vereinsmitglieder. Beide Vereine haben Kandidatinnen und Kandidaten für die Wahl zu den Migrantenvvertretungen (Ausländerbeirat, Integrationsbeirat, Integrationsrat) der Stadt nominiert, beide Vereine kooperieren bei der Organisation des Fest der Völker und beide Vereine haben sich in den letzten Jahren seit Verabschiedung des Integrationskonzeptes als Ansprechpartner verdient gemacht. Der türkische Verein organisiert in eigener Regie seit einigen Jahren ein großes, öffentliches Kinderfest, lädt an einem Abend im Fastenmonat Ramadan die Öffentlichkeit ein und begeht am 3. Oktober den Tag der offenen Moschee, zu dem auch der marokkanische Verein in diesem Jahr erstmalig einlud.

Der türkische Verein erhielt zusammen mit der evangelischen Kirchengemeinde den Förderpreis Integration der Stadt Hilden für die Ausrichtung des Christlich-Muslimischen Dialogs, an dem auch Mitglieder des marokkanischen Vereins teilnehmen. Beide Vereine nahmen aktiv an den Integrationskonferenzen der Jahre 2007, 2008 und 2009 teil.

Aus Sicht der Stadt sind der türkische Verein und der marokkanische Verein bewährte und gute Kooperationspartner. Zahlreiche Mitglieder und die Vorsitzenden beider Vereine sind dabei, das neue öffentliche Interesse, das in Zusammenhang mit den Themen „Islam“ und „Integration“ steht, nachzuvollziehen und entsprechend zu kooperieren.

Die zunehmend häufig formulierte Erwartung, dass die Predigten innerhalb des Freitagsgebets auf Deutsch gehalten werden sollten, stellt die Moscheegemeinden vor ein Problem, da die Vorbeter die theologische Ausbildung im Heimatland genossen haben und sie die deutsche Sprache nur unzureichend beherrschen. Es bestehen Bedenken, dass bei Übersetzungen durch Laien der Sinn von Predigten verändert werden könne.

Die Moscheevereine haben, abgesehen von der Forderung nach Transparenz, auch ein eigenes Interesse daran, dass die Predigten zukünftig auf deutscher Sprache gehalten werden:

Ein Großteil der Jugendlichen und jungen Erwachsenen hat keine ausreichenden Kenntnisse der Muttersprachen ihrer Eltern, um die Predigten und Abläufe beim Freitagsgebet zu verstehen.

Dies steht diametral dem Stellenwert gegenüber, den die Religion bei vielen Migrantenfamilien besitzt.

Trotz dieser Sprachprobleme in der Vermittlung religiöser Themen auf Türkisch oder Arabisch bleibt es für muslimische Jugendliche und junge Erwachsene eine seltene Erfahrung, in deutscher

Sprache über den Islam informiert zu werden. Wenn die Möglichkeit dazu besteht, stellt sich zu-
meist großes Interesse ein.

Das Internet ist daher zu einem wichtigen Medium geworden. Im Internet (bzw. der Video-Plattform „youtube“) finden sich zahllose Beiträge zum Thema „Islam“ in deutscher Sprache. Diese Beiträge erregen Aufmerksamkeit bei muslimischen Jugendlichen, die zwar „islamisch sozialisiert“ sind – deren Wissen von der Religion jedoch stark eingeschränkt und traditionalistisch („Volksfrömmigkeit“) ist, sofern ihre Familien aus sogenannten „bildungsfernen Schichten“ stammen. Nicht selten prägen zudem negative Zuschreibungen der Umwelt das eigene Religionsverständnis mit.

Im Internet sind nicht nur Beiträge zum Islam in deutscher Sprache verfügbar. Dort treten zudem „Gelehrte“ auf, deren Ausdruck und Jargon denen der Jugendkultur entspricht, gepaart mit traditionellen Floskeln in arabischer Sprache.

Dies kann bei jungen Muslimen eine Faszination auslösen, auch, wenn es sich um unseriöse, sektiererische oder extremistische Quellen handelt.

Der Verein „Einladung zum Paradies e.V.“ (EVP) ist eine Organisation mit einer großen Internetpräsenz. Der Verfassungsschutz des Landes Nordrhein-Westfalen beobachtet die Organisation, die in der letzten Zeit für Schlagzeilen aufgrund eines geplanten Umzugs von Braunschweig nach Mönchengladbach sorgte, wo eine Koranschule gegründet werden sollte. Der Verfassungsschutz bezeichnet die Ausrichtung des Vereins als „salafistisch“. „Salafismus“ ist eine Ideologie, die im Widerspruch zu einer freiheitlich demokratischen Grundordnung steht.

EVP wendet sich vornehmlich an junge Erwachsene. Die zahlreichen Filmmaterialien, die EVP im Internet publiziert, zeigen zu einem Großteil Mitglieder des Vereins bei den zahlreichen Vorträgen, die die Organisation im ganzen Land abhält.

Der Verein „Einladung zum Paradies e.V.“, insbesondere sein Vorsitzender Pierre Vogel, genießt unter manchen muslimischen Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus den zuvor genannten Gründen Ansehen, zumal Vogel erst vor einigen Jahren zum Islam konvertiert ist. Dass Vogel und der Verein diese bestimmte islamische Strömung repräsentieren, die vom Verfassungsschutz als „Salafismus“ eingestuft wird, spielt dabei offenbar keine Rolle.

Sofern die Vorträge in deutscher Sprache auf sehr wenig bereits vorhandene Kenntnisse und Wissen über den Islam treffen, kann intellektuell kaum ein dialektischer Meinungsbildungsprozess vollzogen werden.

Da der Verein schwerpunktmäßig am Ausbau seiner Internetpräsenz arbeitet, ist er älteren muslimischen Erwachsenen zunächst weitgehend unbekannt geblieben, auch wenn Vogel seit geraumer Zeit regelmäßig im Fernsehen zu sehen ist (Frank Plasberg, Sandra Maischberger, Johannes B. Kerner).

Es ist unverständlich, warum ihm die Medien (in Talkshows) eine solche Aufmerksamkeit schenken, wenn der Verfassungsschutz und der Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen zur gleichen Zeit vor ihm und seiner Organisation warnen.

Junge Erwachsene des Marokkanischen Freundeskreises Hilden e.V. organisierten im Jahr 2007 in den Räumlichkeiten ihres Vereins einen Vortragsabend, zu dem sie Pierre Vogel einluden. Deswegen Bekanntheitsgrad und der seines Vereins waren damals noch nicht vergleichbar mit dem heutigen.

So war „Salafismus“ bzw. „Einladung zum Paradies“ auch im Verfassungsschutzbericht 2009 des Landes NRW noch kein Thema, erst der Zwischenbericht des Jahres 2010 enthält das Kapitel „Sa-

lafismus – von einer religiösen Strömung zur politischen Ideologie“, in dem auf den Verein eingegangen wird, was in Zusammenhang mit dem geplanten Umzug des Vereins von Niedersachsen nach Mönchengladbach zu sehen ist

Der Vorstand des Marokkanischen Freundeskreises e.V. sah damals keinen Grund, den Wunsch der jüngeren Generation, einen deutschsprachigen Redner einzuladen, auszuschlagen.

Der Vorsitzende des Marokkanischen Freundeskreises erklärte, dass es die Art und Weise des Vortrags war, die ihn zu dem Entschluss brachte, dass Vogel kein zweites Mal einen Vortrag in den Vereinsräumlichkeiten halten sollte.

Erst im Februar 2010 wurde der Vorstand des Marokkanischen Freundeskreises nach seinen Angaben auf die Organisation und die Bezeichnung „Einladung zum Paradies“ aufmerksam, da eine Bürgerin beim Ordnungsamt ihre Verwunderung darüber erklärt hatte, dass bereits im Dezember 2009 in der Mittelstraße Flugblätter mit der Aufschrift „Einladung zum Paradies“ verteilt worden wären.

Beim Ordnungsamt hatten vorgeblich Mitglieder des Marokkanischen Freundeskreises eine entsprechende Genehmigung beantragt. Vom Ordnungsamt ging diese Mitteilung an das Integrationsbüro, welches Kontakt mit dem Vorstand des Marokkanischen Freundeskreises aufnahm. Es stellte sich heraus, dass junge Erwachsene, die, wie der Vorstand angab, nicht einmal offiziell Mitglied des Marokkanischen Freundeskreises sind, beim Ordnungsamt angegeben hatten, im Auftrag des Marokkanischen Freundeskreises zu handeln.

Der Vorsitzende des marokkanischen Vereins erklärte, keine Kenntnis davon besessen zu haben und nicht darüber informiert worden zu sein, dass die im Internet zu sehenden „Abu Adam“, „Abu Alia“ u.a., die „Einladung zum Paradies“ angehören, Vorträge in den Vereinsräumen abgehalten hatten, was ihn sehr verärgert habe.

Er räumte ein, dass es ein Fehler gewesen sei, im Verein ein solches Maß an Autonomie zugelassen zu haben, das derartige Veranstaltungen ermöglicht hatte.

Er sagte, dass es für ihn, als Vorsitzenden des Vereins, ein Dilemma gewesen sei, eben auch den Wünschen der jüngeren Mitglieder entsprechen zu wollen, und dass für ihn der Begriff „Salafismus“ und der Verein „Einladung zum Paradies“ bis vor kurzem unbekannt gewesen seien.

Zwischenzeitlich hätte er den jüngeren Mitgliedern des Vereins erklärt, dass Mitgliedern der Organisation EZP kein Zutritt mehr zu den Räumen des Vereins zu gewähren sei. Bei Zuwiderhandlung hätten die Beteiligten mit einem Hausverbot zu rechnen.

Von dem türkischen Verein, der Türkischen Islamischen Gemeinde zu Hilden, war bis zu dieser Stelle nicht weiter die Rede, da er mit der Organisation „Einladung zum Paradies“ zu keinem Zeitpunkt in Verbindung stand und er dies nach Angaben seines Vorsitzenden auch für die Zukunft ausschließt.

Auch der Vorsitzende des Vereins „Islamische Gemeinde e.V.“ an der Richrather Straße hat erklärt, dass es nie Verbindungen seines Vereins zu der Organisation „Einladung zum Paradies“ gegeben hatte.

Die Stadt Hilden hat sich in den letzten Jahren den Aufgaben, die aus der Integration von Zugewanderten resultieren, in verstärktem Maße zugewandt. Dass der Integrationsprozess der letzten Jahre erfolgreich gestaltet wurde, erklärt sich aus folgenden Fakten:

- Als Anfang des Jahrzehnts auf nationaler Ebene der Ruf zu einer Intensivierung der kommunalen Integrationsarbeit laut wurde, fing Hilden nicht bei Null an, sondern es existierte bereits eine Infrastruktur in Form von Migrantenvereinen, Ausländerbeirat und bestimmten Zuständigkeiten in der Verwaltung, die an sozialpädagogische Fachkräfte geknüpft waren.
- Die Erstellung des Strategiepapiers „Integration ist machbar!“ gelang in einem partizipativen Prozess unter Einbeziehung der Migrantenvereine. Es wurde am 29.06.2005 einstimmig vom Rat der Stadt beschlossen.
- Der eingangs beschriebene Wandel im Selbstverständnis der Migrantenvereine wird z.B. dadurch dokumentiert, dass der im Februar 2010 gewählte Integrationsrat zwei Frauen aus dem türkischen und dem marokkanischen Verein zu seinen Vorsitzenden gewählt hat, was sicherlich vor Jahren noch nicht denkbar gewesen wäre.
- Für grundlegende Entscheidungen in Bezug auf die Integrationsarbeit in Hilden gab es einen breiten politischen Konsens – die Notwendigkeit, der Sinn und der Nutzen und die Art und Weise der Integrationsarbeit wurden stets von großen Mehrheiten befürwortet. Hierdurch entstand Handlungssicherheit und ein positives Signal, dessen Wirkung nicht unterschätzt werden sollte. Das Engagement verschiedener gesellschaftlicher Institutionen, das sich z.B. in den Maßnahmekatalogen zur Integrationsförderung der letzten Jahre wieder spiegelt, war nur denkbar, da der Gesamtprozess auf breiter Basis unterstützt wurde.
- Aufgrund der genannten Aspekte war es folgerichtig, dass Hilden im Jahr 2010 das fünfte KOMM-IN Projekt in Folge bewilligt wurde. KOMM-IN („Innovation in der kommunalen Integrationsförderung“) ist eine Förderung durch das Land Nordrhein-Westfalen. Folgende KOMM-IN Projekte wurden in den letzten Jahren in Hilden umgesetzt (mit Angabe der jeweiligen Fördersumme):

2006/07: Integration ist machbar	€ 60.000,--
2007/08: Bildung und Erziehung im Kindesalter	€ 45.000,--
2008/09: Partizipation durch stadtteilerorientierte Multiplikatorinnennetzwerke	€ 20.000,--
2009/10: integr@tionline	€ 15.000,--
2010/11: Integration im Sport / Einbürgerung	€ 32.000,--

Gesamt: € 172.000,-

Die Verwaltung beabsichtigt, spätestens Anfang des Jahres 2011 einen „Runden Tisch“ mit den muslimischen Vereinen einzurichten, an dem auch die Vorsitzende und die stellvertretende Vorsitzende beteiligt werden sollen. Die Vorbereitung wurde dazu begonnen; eine Terminierung wird im November erfolgen. Die muslimischen Vereine haben dieses Vorhaben sehr begrüßt.

Ziel des „Runden Tisches“ wird es insbesondere sein, die Erwartung der Stadt Hilden zu vermitteln, dass sich die Vereine klar und wahrnehmbar gegen Extremismus positionieren und aktiv für eine Integrationsförderung einsetzen. Dabei wird zu erörtern sein, welche Hilfen, Informationen und Aufklärungsarbeit die Stadt Hilden gewähren und leisten kann. Dazu gehören sicherlich auch die von Frau Dr. Krasemann-Sharma vorgeschlagenen Informationsschriften und Informationsveranstaltungen.

gez. Horst Thiele